

# Vorwärts

BERLINER



VOLKSBLATT

Wählt Liste 2  
Sozialdemokraten

FREITAG

4. November 1932

WERBE-  
NUMMER

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## BVG.-Schiedsspruch verbindlich

Manteltarif unverändert verlängert — Lohnsenkung 2 Pfennig

Gestern abend 10 Uhr ist vom Schlichter Amtsgerichtsrat Dr. Heuer der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch im Konflikt bei der BVG. für verbindlich erklärt worden.

\*

Den Beratungen der Schlichtungskammer, die gestern nachmittag unter Vorsitz des Gewerbetariff-Körners über den Konflikt bei der BVG. zu entscheiden hatte, gingen nur verhältnismäßig kurze Vorverhandlungen zwischen den bisherigen Tarifparteien voraus.

Der Vertreter der Direktion der BVG. beantragte die Erhebung des Angebots, das die BVG.-Belegschaft in ihrer Geheimabstimmung abgelehnt hat, zum Schiedsspruch. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde zunächst darauf hingewiesen, daß mit der Gleichstellung der Verkehrsarbeiter mit den städtischen Werksarbeitern im Stundenlohn noch keine Gleichstellung hinsichtlich der Wochenverdienste erfolgt sei, da

bei der BVG. eine viel kürzere Arbeitszeit als bei den städtischen Werken

besteht. Es müsse weiter berücksichtigt werden, daß die Verkehrsarbeiter einen viel höheren Beitrag zur Ruhegehaltstasse, ein Teil des Personals der Hoch- und Untergrundbahn sogar bis zu 9 Proz. des Einkommens zu zahlen haben. Ein großer Unterschied zwischen dem von der Belegschaft abgelehnten Angebot der Direktion und der jüngsten Regelung der Entlohnung der städtischen Arbeiter sei auch der, daß das Lohnabkommen für die städtischen Arbeiter bis zum 28. Februar befristet sei, das Abkommen für die Verkehrsarbeiter jedoch von Monat zu Monat kündbar sein sollte. Die Gewerkschaften verlangen, daß

die alten Löhne bis zum 28. Februar weitergezahlt

werden und daß der Manteltarifvertrag, über den bisher noch keine Einigung zwischen den Parteien erzielt werden konnte, unverändert ein Jahr, also bis zum 30. September 1933 weiterläuft. Die Unterhändler der Gewerkschaften betonten, daß die Erregung unter den Verkehrsarbeitern zum großen Teil auch darauf zurückzuführen sei, daß bis jetzt infolge des Verhaltens der Direktion noch keine Klarheit über die zukünftige Regelung der im Manteltarifvertrag festgelegten Arbeitsbedingungen geschaffen worden ist.

Den Argumenten der Gewerkschaftsvertreter wurde von der Direktion entgegengehalten, daß die BVG. infolge ihrer wirtschaftlichen Lage zu diesem Lohnabbau gezwungen sei.

Es müsse etappenweise die in der Notverordnung vorgeschriebene Angleichung der Löhne der Verkehrsarbeiter an die der Reichsarbeiter erfolgen!

Die BVG. habe in diesem Jahr mit einem Fehlbetrag von 8 bis 9 Millionen Mark und im nächsten Jahr mit 15 bis 16 Millionen Mark (!) zu rechnen. Der Abbau der Löhne sei also im Interesse des Betriebes unbedingt notwendig.

Da eine Ueberbrückung der Gegenläge nicht zu erzielen war, trat die Schlichtungskammer zu ihren Beratungen zusammen. Nach zweieinhalbstündigen Verhandlungen fällte der Schlichtungsausschuß einen

### Schiedsspruch

der im wesentlichen folgendes befaßt: Der bisherige Manteltarif, über dessen Neuabluß infolge der Verschlechterungsanträge der Direktion noch keine Verständigung erzielt werden konnte, wird unverändert bis zum 31. März 1933 verlängert. Er läuft jeweils um ein Jahr weiter, wenn er nicht sechs Wochen vor seinem Ablauf gekündigt wird. Hinsichtlich der Neugestaltung der Löhne bestätigt der Schiedsspruch das Verhandlungsergebnis, über das von den Verkehrsarbeitern abgestimmt worden ist. Es werden dem-

nach in allen Gruppen die Löhne um 2 Pf. gekürzt mit Ausnahme der Fahrartenverkäuferinnen, deren Löhne bestehen bleiben. Das Lohnabkommen soll mit Monatsfrist kündbar sein.

Nach Verkündung dieses Schiedsspruches wurden die Tarifparteien zu 10 Uhr abends zum Schlichter für Groß-Berlin bestellt.

Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten den Schiedsspruch ab. Sie erklärten von der angebotenen Erklärungsfrist keinen Gebrauch machen zu wollen, da sie jeden Schiedsspruch, der einen Lohnabbau vorsieht, ablehnten.

Demgegenüber erklärten sich die BVG.-Vertreter zur Annahme bereit und verlangten die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches.

### Schiedsspruch verbindlich

Die Nachverhandlungen über den Schiedsspruch, des Schlichtungsausschusses im BVG.-Konflikt vor dem Schlichter für den Bezirk Brandenburg, Amtsgerichtsrat Dr. Heuer, mußten nach einstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen werden. Der Schlichter erklärte daraufhin um 10 Uhr den Schiedsspruch für verbindlich mit folgender Begründung: „Der Schiedsspruch

schlägt den Parteien die Erneuerung des bisherigen Manteltarifvertrages mit unverändertem Inhalt und den Abschluß eines Lohnabkommens vor, dessen Lohnsätze denjenigen der bei der Stadt Berlin beschäftigten Arbeitern angeglichen werden. Die neuen Lohnsätze stehen zu den Löhnen anderer vergleichbarer Gewerbe in einem angemessenen Verhältnis. Die im Schiedsspruch vorgeschlagene Regelung entspricht daher bei gerechter Abwägung der Interessen beider Vertragsparteien der Billigkeit.“

Auf Grund der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches durch den Schlichter erläßt die Direktion der BVG. durch Säulenschlag und Plakate an den Betriebsbahnhöfen die Aufforderung an ihr streikendes Personal, die Arbeit bis heute, Freitag, 14 Uhr, wieder aufzunehmen. Sie kündigt in dem Aufruf allen Verkehrsarbeitern die fristlose Entlassung an, die sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet haben.

\*

Die Funktionäre der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter nehmen heute vormittag, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus zu der durch den Schiedsspruch geschaffenen Situation Stellung.

## Kontingente vertagt!

Aber Getreidepreisgeschenke für die Junker auf Kosten des Volkes

Die Reichsregierung hat der Tapferkeit besseres Teil erwählt und die Beschlußfassung über die Kontingente trotz des grundsätzlichen neuen Bekenntnisses für deren Notwendigkeit vertagt. Die Forderung des Landbundes, zur Stützung der Getreidepreise eine neue Magazinierungsaktion durchzuführen, wird anscheinend erfüllt. Amtlich wird über die Beschlüsse der Reichsregierung folgendes mitgeteilt.

Die Reichsregierung befaßt sich in einer Kabinettsitzung vom 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaues erforderlich, sondern auch um einen Zusammenbruch der Osthilfeaktion, die Gefährdung der bisher für den Osten angewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern. Die Reichsregierung hält es für ebenso wirtschaftlich dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden.

Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Vollerzeugung auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abrede ihre Zustimmung erteilt.

Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft verhandelt hat. Die Reichsregierung veranlaßt, daß das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird.

Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

Soweit die amtliche Mitteilung. Die Reichsregierung hat die autonomen Kontingente entgegen der bündigen Ankündigung der deutschnationalen Landtagsfraktion also doch nicht vor dem

6. November beschlossen. Freiherr v. Braun, der Reichsernährungsminister und Preisrichter der Junker und des Landbundes, wird desavouiert. Die innere Schwäche des Reichskabinetts, das sich nach außen so stark gebärdet, wird durch die Tatsache, daß die Regierung es nicht wagte, zugunsten der Agrarier die Unternehmung vor den Kopf zu stoßen, eindeutig aufgezeigt. Die schon bisher latente, an der Kontingentsfrage entzündete Kabinettskrise dürfte sich durch die Kabinettsbeschlüsse noch erheblich verschärfen.

Die positive Haltung des Reichskabinetts in der Frage der Getreidepreisstützung tritt angesichts der Vertagung der Kontingentsfrage in ihrer Bedeutung zurück. Ob die Forderung des Reichslandbundes, mit 100 Millionen Reichsbankkrediten und 25 Millionen Ausfallgarantien des Reiches, Getreide zu magazिनieren, sofort durchgeführt wird, bleibt in dem Komunique der Reichsregierung noch zweifelhaft. Immerhin wird durch die grundsätzliche Bereitschaft der Reichsregierung, die Getreidepreise durch eine Sonderaktion zu stützen, wenigstens im Osten die Wahlstimmung für Papen und Hugenberg etwas verbessert, so daß wenigstens der Zweck dieser Uebung erreicht ist — auf Kosten des Volkes!

Rüstungsfeierjahr verlängert. Im Büro der Abrüstungskonferenz, das am Donnerstag seine Arbeiten wieder aufnahm, machte Präsident Henderson Mitteilung davon, daß 47 Staaten das Rüstungsfeierjahr auf vier Monate verlängert hätten.

## Zum Verkehrsstreik

Arbeiter, seht euch die Führer an!

Die gewerkschaftlich organisierten und politisch aufgeklärten Arbeiter Berlins fühlen sich mit den Arbeitern der BVG. aufs stärkste verbunden. Mit desto größerem Mißtrauen aber blicken sie auf die faschistisch-bolschewistische Gesellschaft, die sich jetzt als berufene Führerin der BVG.-Arbeiter aufspielt. Diese Leute — einige wie immer im Kampf gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie — stellen die Dinge so dar, als ob sie allein Gegner von Lohnreduktionen wären und als ob sie allein das Mittel in der Hand hätten, die Arbeiter vor Lohnherabsetzungen zu schützen. In Wirklichkeit besteht der Unterschied zwischen ihnen und uns in etwas ganz anderem, nämlich darin, daß es ihnen sowohl an Erfahrung in der Führung von Lohnkämpfen wie auch an Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Geführten vollständig fehlt.

Eigentlich müßte ein Blick in die kommunistische und die nationalsozialistische Presse genügen, um jeden erkennen zu lassen, daß es jenen Herrschaften gar nicht um die sachliche Vertretung von Arbeiterinteressen geht, sondern nur um parteipolitische Manöver. Obwohl aus dem Direktorium der BVG. längst der letzte Sozialdemokrat herausgedrängt ist, ist man sich einig darüber, daß nur sozialdemokratische Niedertracht und Lüge an den drohenden Lohnherabsetzungen schuld hat. Reuter und Brolat müssen es gewesen sein, obwohl seit Jahr und Tag keiner von beiden mehr mit der Leitung der BVG. etwas zu tun hat! Die Gewerkschaften müssen es gewesen sein, weil sie ohne alle Demagogie rein sachlich die Interessen der BVG.-Arbeiter wahrnahmen, und der „Vorwärts“ muß es gewesen sein, weil er die Gewerkschaften darin unterstützte!

Man hofft aus diesem unwahrhaftigen Treiben Gewinn für die Wahlen ziehen zu können. Aber der Schuß kann auch nach hinten losgehen.

Die Sache wird nämlich einigermassen heiter, wenn man die deutschnationale Presse betrachtet, die gleichfalls der Sozialdemokratie alle Schuld gibt, nur aus gerade entgegengesetzten Gründen. Dort wirft man der Sozialdemokratie vor, die Löhne bei der BVG. zu hoch getrieben zu haben. So liest man in der „Deutschen Zeitung“:

Die Sozialdemokratie hat mit den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten ein schändliches Spiel getrieben. Man fehle gegen den Einspruch der für die Wirtschaftlichkeit der Betriebe Verantwortlichen die Einkommensgrenze wesentlich und unverantwortlich herauf.

In keinem Betriebe wurde das so unverhüllt, so verschwenderisch und leichtsinnig durchgeführt wie in der BVG. Ganz Berlin hat es in Aufregung verfehlt, warum ein Brolat nicht aus seinem Amt zu bringen war. Er wares, der in der BVG. planmäßig mit Gehalts- und Lohnerhöhungen Wahl-

## Große Wahlkündgebung

heute, Freitag, den 4. November, 20 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Str. 72  
Redner: Artur Crispian, Tony Sender, Otto Bauer (Wien)  
Kasseneröffnung 17 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf., Erwerbslose gegen Vorzeigung der Stempelkarte 10 Pf. Die Fahndelelegationen müssen spätestens um 19 Uhr in der Vorhalle des Sportpalastes anwesend sein





# Schützt die sozialen Errungenschaften!

Holt das Verlorengegangene wieder! Kämpft mit uns für den Sieg des Sozialismus!

Die kommunistische Presse hatte den Bericht über die neuesten Beschlüsse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale mit einem Artikel begleitet, in dem der Satz vorkam: „Das Ende der sozialen Reformen bedeutet den **gesteigerten Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.**“ Zu gleicher Zeit aber wurde die Parole ausgegeben, den „**Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie**“ zu führen.

Bisher hatten die kommunistischen Parteiführer den Arbeitern immer einzureden versucht, es gäbe gar keine **sozialen Errungenschaften**. Jetzt aber rufen sie zu ihrer Verteidigung auf, zur Verteidigung der gleichen Errungenschaften, die die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in jahrzehntelangem opferreichem Kampfe erobert haben.

Wenn es nach den Kommunisten gegangen wäre, so ständen die deutschen Arbeiter den Angriffen der Reaktion ohne jeden sozialen Schutz gegenüber. Die kommunistische Führung hat nämlich alles getan, um das Zustandekommen der sozialen Errungenschaften zu verhindern. Hier ist der dokumentarische Beweis dafür.

## Die Kommunisten gegen die Arbeitslosenversicherung

Vor dem Kriege gab es in Deutschland keine öffentliche Unterstützung der Arbeiter im Falle der Erwerbslosigkeit. Nur die **Gewerkschaften** haben ihren arbeitslos gewordenen Mitgliedern Beistand geleistet. Eine der ersten Taten der **sozialdemokratischen Volksbeauftragten** war die Arbeitslosenfürsorge. Dieses System ist im Jahre 1927 durch das Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung abgelöst worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihnen ihre Zustimmung gegeben, obwohl es nicht alle Forderungen der Arbeiterschaft erfüllte. Die kommunistische Fraktion dagegen ließ in der Schlussabstimmung vom 7. Juli 1927 durch den Abgeordneten **Rädel** wörtlich erklären:

„Die kommunistische Fraktion hat bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie **grundsätzlich gegen dieses Gesetz** ist . . . Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein **Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik** ist, ab.“

Die Kommunisten haben also die Arbeitslosenversicherung nicht etwa deswegen abgelehnt, weil sie zu wenig brachte, sondern weil sie „grundsätzlich“ gegen das Gesetz waren.

## Die Kommunisten gegen die Krisenfürsorge

Die gleiche ablehnende Stellung hat die kommunistische Reichstagsfraktion eingenommen, als es sich darum handelte, den in der Versicherung ausgesetzten Erwerbslosen den weiteren Bezug von Unterstützungen zu sichern. In der Reichstagsitzung vom 13. November 1926 erklärte **Frau Arendsee** ausdrücklich: Wir werden **gegen die Krisenfürsorge** stimmen und die Erwerbslosen zum Kampfe aufrufen.“ Und am 11. Juli 1928 hat der kommunistische Reichstagsabgeordnete **Rädel** ausgerufen:

„Ja, noch im Wahlkampfe brüstete sich die Sozialdemokratie damit, daß sie mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz eine wesentliche sozialpolitische Errungenschaft erobert habe.“

In der gleichen Sitzung bezeichnete Herr **Rädel** die Krisenfürsorge „als das Resultat der sozial-reaktionären Bürgerblockpolitik“, an der die Sozialdemokratie mitgeholfen habe. Wie froh wären die Erwerbslosen, wenn sie heute die gleichen Unterstützungen beziehen würden, wie in den Jahren, als die Sozialdemokratie ihren Einfluß auf Erhaltung und Erweiterung der sozialen Leistungen ausüben konnte!“

## Ist das revolutionärer Klassenkampf?

Nein, das ist eine Hirnverbranntheit, die den Klassenkampf des arbeitenden Volkes aufs schwerste schädigt!

## Beendet den Bruderkampf!

Für die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, für Demokratie und Sozialismus mit

# Liste 2 Sozialdemokraten

## Die Kommunisten gegen den Kündigungsschutz

Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion hat der Reichstag im Sommer 1926 einen **Kündigungsschutz für ältere Angestellte** geschaffen. Bis dahin hatten die Unternehmer mit Vorliebe zuerst die älteren Angestellten auf die Straße geworfen. Durch die Verlängerung der Kündigungsfrist bis zu sechs Monaten wurde den älteren Angestellten eine, wenn auch beschränkte Sicherheit gegen die sofortige Vernichtung ihrer Existenz geboten. An dem Widerstand der bürgerlichen Parteien ist damals eine weitere Ausdehnung dieses Schutzes gescheitert. Was tat die kommunistische Fraktion? In der Reichstagsitzung vom 2. Juli 1926 erklärte der Abgeordnete **Torgler**:

„Wir werden **selbstverständlich gegen diesen lächerlichen Regierungsentwurf** stimmen. Wir werden aber auch gegen den Antrag der Regierungsparteien stimmen, weiter . . . lediglich ein Palliativmittelchen ist.“

Die vielen Tausende von älteren Angestellten, die seitdem gemerkt haben, was der Kündigungsschutz für sie bedeutete, werden es sicher nicht vergessen, daß die Kommunisten dagegen gestimmt haben.

## Die Kommunisten gegen das Arbeitsgerichtsgesetz

Die Neuregelung des Arbeitsgerichtswesens, die im Jahre 1926 durchgeführt worden ist, hat eine wesentliche Verbesserung bei der Austragung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsrecht gebracht. Vor der Schlussabstimmung am 11. Dezember 1926 erklärte der kommunistische Abgeordnete **Berth**:

„Wenn man sich nicht an den äußerlichen Klang des Wortes „Arbeitsgericht“ hält, sondern sich mehr um das innere Wesen der ganzen Materie kümmert, muß man zu der Überzeugung kommen, daß dieses Gesetz keine Reform, am **allerwenigsten eine soziale Reform** darstellt. . . Man wird sehen, daß im Arbeitsrechtswesen kein anderer Zustand herbeigeführt wird, ja, er wird noch schlechter durch dieses Gesetz und deshalb auch unsere **ablehnende Stellung.**“

Inzwischen hat „man“, nämlich die Arbeiterschaft gesehen, daß das Arbeitsgerichtsgesetz trotz mancher Mängel im einzelnen doch einen Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen darstellt, also eine soziale Errungenschaft ist, zu deren Verteidigung jetzt auch die kommunistische Parteileitung aufruft.

## Gegen kapitalistische Reaktion

So hat die kommunistische Reichstagsfraktion auch die Erweiterung des Schutzes für **Schwangere** und **Wöchnerinnen**, die Ausdehnung der **Anfallversicherung**, wie überhaupt jede Erhöhung der sozialen Leistungen abgelehnt. Sie ist auch stets gegen das **Tarifrecht** aufgetreten. Nur in einem Falle machte sie eine Ausnahme. Am 23. Juli 1926 stimmten die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten für das **Reichsknappschafftsgesetz**. Diese vernünftige Haltung trug der kommunistischen Fraktion aber eine scharfe Rüge erst durch ihre Presse und dann durch die Leitung ihrer Partei ein.

Wir brauchen diesen Tatsachen nicht mehr viel hinzuzufügen. Sie zeigen, daß alle sozialen Errungenschaften das Werk der Sozialdemokratie sind. Die kommunistische Partei hat ihre Schaffung zu verhindern gesucht, sie leistet der Reaktion bei ihren Angriffen auf die Sozialgesetzgebung Vor-schub, wenn sie dazu auffordert, den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu richten.

Jetzt lassen die Kommunisten in Berlin Plakate gegen die Regierung **Hermann Müller** anschlagen, als ob diese immer noch im Amte wäre und als ob es keine **Regierung der Barone** gäbe!

# Der Wahlkampf auf der Höhe

Wir werben für die Freiheit — Alle Mann an Deck: Nutzt die Zeit!

Zu dem Sturm der Flugblätter auf die einzelnen Haushalte, neben den vielen überfüllten Versammlungen und außer den wehenden Freiheitsfahnen, die das Stadtbild kennzeichnen, wirbt die Sozialdemokratie schon seit 14 Tagen mit zwei großen Lautsprecherautos für die Idee der Freiheit. Tag für Tag fahren sie in die entferntesten Vororte, an die Tore der Fabriken und durch den Lärm des Zentrums. Überall aber wird der Wagen der Freiheit stürmisch begrüßt.

Eine von den Bezirken Kreuzberg und Neukölln einberufene Erwerbslosenversammlung wurde zu einer mächtigen Kundgebung für die Sozialdemokratie. Gegenüber den demagogischen Scheinanträgen der Neuköllner Kommunisten auf eine nicht durchzuführende Hilfe für die Erwerbslosen, stellte sich die Versammlung einmütig in die Kampfeslinie der „Eisernen Front“.

Die „Allems Festsäle“ in der Hafenheide waren schon früh überfüllt und mußten polizeilich abgesperrt werden. Trotzdem nur Stühle aufgestellt waren, fanden nicht mehr alle Platz. Hier saßen die Männer im alten Arbeitskleid, das sie nun tragen müssen, auch ohne Beschäftigung zu haben. Blutjunge Menschen, die der Kapitalismus um ihren Lebensweg betrogen und Alte, die man aus ihrer Arbeit ausgestoßen hat, hörten die Worte Theodor Haubachs, der in einem 1½stündigen Referat das herrschende System geißelte und als einzigen Ausweg die Durchführung der sozialistischen Aktion aufzeichnete.

Rettung für die Millionen Deutsche, die heute im tiefsten Elend sind, kann nur durch den Umbau der Wirtschaft kommen, wie er von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften angestrebt wird.

Reißt euch alle ein und sorgt dafür, daß das totgeborene Kind der kapitalistischen Sanierung durch die Regierung der Barone von einem praktischen Sozialismus der Arbeiterschaft abgelöst wird. Einmütig wurde folgende Resolution angenommen: Die am 3. November 1932 in Allems Festsälen versammelten Erwerbslosen Neuköllns stellen sich voll und ganz hinter das wirtschaftliche und sozialpolitische Programm der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der freien Gewerkschaften. Sie fordern alle Proletarier Neuköllns auf, am 6. November nur die Liste 2 der Sozialdemokratie zu wählen.

### Spandau auf dem Posten

Die Schlusstkundgebung des Kreises Spandau war ein großer Erfolg. Die große Jubiläumsturnhalle war bis auf den letzten Platz gefüllt. In den Gängen und auf den Rängen drängten sich die Massen. Genosse Guth eröffnete die

Versammlung und wies verschiedene Verleumdungen zurück, die die Kommunisten im Ort verbreiten. Junge Parteigenossen führten einen Sprechchor auf, der mit großem Beifall auf-



Treu zur Sozialdemokratie: Werbung für die Liste 2 an der Kellerwohnung eines Erwerbslosen in Tempelhof

genommen wurde. Das einstündige Referat des Genossen Kuttner entfachte immer von neuem Zustimmung und Beifall der Zuhörermasse. Ellen Treburg trug durch ihre Rezitationen zur weiteren Steigerung der begeisterten Stimmung

bei. Am Schluß sang die Versammlung stehend das Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, begleitet von den Klängen der Reichsbannerkapelle.

In einer sehr stark besuchten Versammlung in Lichterfelde sprach Robert Breuer. Er schilderte überzeugend die Gefahr, in der sich die deutsche Arbeiterschaft befindet. Nach einer Kennzeichnung der wahren Situation am 20. Juli rief er zum Kampf für die Sache der Freiheit auf. Begeistert stimmten die Massen in den Freiheitsruf, der seine Rede schloß, mit ein.

### Drei Arbeiter verunglückt

In den gestrigen Nachmittagsstunden ereigneten sich zwei folgenschwere Arbeitsunfälle.

Im Hause Dranienstraße waren zwei Angestellte der Städtischen Gaswerke mit dem Einbau eines Gasreglers beschäftigt. An einer undichten Stelle der Leitung entströmten unbemerkt größere Gas mengen, so daß die beiden Arbeiter unter der Einwirkung der Gase betäubt zu Boden sanken. Von der Feuerwehr wurden die Gasarbeiter zur nächsten Rettungsstelle gebracht, wo sie ins Leben zurückgerufen werden konnten.

Der zweite Unglücksfall trug sich auf einem Lagerplatz in der Morjeistraße in Char-

lottenburg zu. Dort stürzte, offenbar unter dem Einfluß des starken Regens, ein großer Koksstapel zusammen. Der 43 Jahre alte Plagarbeiter Richard Schüller aus der Charlottenburger Straße in Weißensee wurde unter den Koks massen begraben. Von Kollegen wurde der Verschüttete schwerverletzt geborgen und durch die inzwischen alarmierte Feuerwehr ins Roabiter Krankenhaus gebracht.

### Zug in Arbeitergruppe

Hamburg, 3. November.

In Rothenburgsort ereignete sich ein schweres Unglück. Ein Güterzug, der sich auf der Fahrt von Harburg-Wilhelmsburg nach Hamburg befand, fuhr um 14.10 Uhr am Brückendamm in eine Arbeiterkolonne hinein. Drei Arbeiter wurden getötet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt. Vier Krankenwagen sorgten für den Abtransport der Verletzten.

### Gertrud Bindernagel tot

Die Folgen einer Embolie

Die Künstlerin Gertrud Bindernagel ist gestern nachmittag im Westend-Krankenhaus gestorben. Durch eine plötzliche Lungenembolie wurde dem Leben der bekannten Sängerin, um die sich die Ärzte seit 10 Tagen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bemühten, ein jähes Ende gesetzt.

Frau Bindernagel wurde bekanntlich in den späten Abendstunden des 23. Oktober nach Schluß der „Siegfried-Aufführung“ beim Verlassen der Städtischen Oper in Charlottenburg von ihrem Mann, dem früheren Bankier Hingst, durch einen Schuh niedergestreckt. Die 24 Stunden später vorgenommene Operation nahm einen günstigen Verlauf, und so schienen alle Vorbedingungen für eine Wiedergenesung der Sängerin gegeben. Frau Bindernagel befand sich gestern, den Allgemeinumbständen nach, in bester Verfassung. Ganz unerwartet setzte um 14.30 Uhr die Lungenembolie ein, die den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Durch das Dahinscheiden der Künstlerin erleidet die Städtische Oper einen außerordentlich schweren Verlust. Die Intendanz der Städtischen Oper hat aus Anlaß der Trauer die gestrige Abendvorstellung ausfallen lassen.

Herbstfest der Hammerchaft Alstein. Die Hammerchaft des Verlages Alstein veranstaltete wie im vorigen Jahr ein großes Herbstfest, dessen Ertrag dazu verwandt wird, die Kinder von 100 erwerbslosen Arbeitern des graphischen Gewerbes zu Weihnachten mit Lebensmitteln und warmen Kleidern zu beschenken. Redakteur Salinger begrüßte die anwesenden Vertreter der Partei, Gewerkschaften und des Reichsbanners. Die Festansprache hielt Major Heinrich, der von den Anwesenden lebhaft begrüßt wurde. Er rief zur Wahl der Sozialdemokratie am 6. November auf. Vor und nach der Festansprache spielte das Tambourcorps des Reichsbanners Friedrichshain und eine Tanzkapelle.

## Gewählt wird von 9 bis 6 Uhr

Das Kreuz gehört ins zweite Feld!

Am kommenden Sonntag wird die Wahl des Reichstages in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags in den von den Bezirksämtern bestimmten Abstimmungsräumen durchgeführt.

Die Abgrenzung der Stimmbezirke und die Lage der Abstimmungsräume werden von den Bezirksämtern an den Witzsäulen bekanntgegeben. Aus diesen Bekanntmachungen müssen die Wähler ihren zuständigen Abstimmungsraum selbst feststellen.

Die Stimmzettel sind wieder amtlich hergestellt und werden im Abstimmungsraum den Stimmberechtigten ausgehändigt.

Der Stimmberechtigte muß auf dem amtlichen Stimmzettel den Kreiswahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, in einwandfreier Weise kennzeichnen. Dies geschieht am besten dadurch, daß in den leeren Kreis, der sich neben jedem Wahlvorschlag befindet, ein Kreuz oder ein ähnliches Zeichen gesetzt wird.

Alle denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, alle Republikaner und Freiheitskämpfer sehen das Kreuz ins zweite Feld und wählen Sozialdemokraten, Liste 2!

Stimmzettel, die mehrfach oder überhaupt nicht gekennzeichnet sind, sind ungültig. Inhaber von Stimm Scheinen können in einem beliebigen Stimmbezirk des Reiches ihre Stimme abgeben.

Der Stimmzettel darf nur in einem amtlich abgestempelten Umschlag, der ebenfalls im Abstimmungsraum ausgehändigt wird, dem Abstimmungsvorsteher übergeben werden. Das Ankreuzen des Stimmzettels und das Hineinlegen in den Umschlag muß unbedacht erfolgen; jeder Stimmberechtigte muß sich deshalb in eine der im Abstimmungsraum aufgestellten Wahlzellen begeben. Der Abstimmungsvorsteher darf keinen Stimmberechtigten zur Abstimmung zulassen, der seinen Stimmzettel nicht in der Wahlzelle in den Umschlag gelegt hat. Allen Wählern wird empfohlen, das Stimmrecht möglichst bereits am Vormittag auszuüben. Notwendig ist Mitnahme geeigneter Ausweispapiere.

Anträge auf Ausstellung von Stimm Scheinen können bei den zuständigen Bezirksämtern (Bezirkswahlämtern) nur noch bis heute, 4 Uhr nachmittags, gestellt werden.

# Wir eröffnen heute nachmittag 4 Uhr die

# 37

## Verkaufsstelle in Groß-Berlin HERMANNSTR. 53 NEUKÖLLN

In jeder Verkaufsstelle reichhaltige Auswahl... Jeder Schuh Salamander-Qualität... Überall die billigen Salamander-Preise.



9 75  
12 50  
15 50

# SALAMANDER

In wenig Worten

Die Deutsche Baugenossenschaft zu Berlin ist im August 1931 in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Auf Ersuchen des zuständigen Kreisarztes sind die Klassen V und VII der 238. Gemeindefschule, Pappelallee 41a, wegen Diphtherieerkrankungen bis einschließlich Sonnabend geschlossen worden.

Vor dem Landgerichtsgebäude in Osttingen wurde ein schwerer Raubüberfall verübt. Dem 18-jährigen Kassensboten Heide der Göttinger Gewerkebank wurde von zwei Motorradfahrern seine Aktentasche mit 5000 M. Silbergeld entrisen.

In Niederoellmar bei Kassel spielte sich eine blutige Liebestragödie ab. Ein junges Mädchen aus Berlin namens Susse Lewin, unterhielt seit längerer Zeit mit einem jungen Mann aus Niederoellmar ein Liebesverhältnis.

Der 72-jährige Landwirt Martin Wölke aus Treppendorf bei Lübbecke hatte am 8. Oktober den Amtsgerichtsrat Tilk im Lübbeckener Amtsgericht erschossen.

Berlin muß laufen

Der gefrigger Nachmittag ist ruhig verlaufen. An einzelnen Stellen bildeten sich in den Abendstunden kleine Ansammlungen, die aber, wie die Polizei mitteilt, mühelos und ohne Zwischenfälle aufgelöst werden konnten.

Rebellion der Neubaugmieter

Gagfah-Mieter in Aufregung — Gerichtsvollzieher geht ein und aus

„Es war kein Uebermut, als wir uns vor einigen Jahren die Neubaugewohnungen nahmen, wir nahmen sie damals aus Not, weil es keine anderen Wohnungen gab.

Diese überfüllte Kundgebung war vorbereitet von einer Interessengemeinschaft der Gagfah-Mieter und daß man heute Versammlungsräume vom Ausmaß der Sophiensäle braucht, um die Mietfragen einer einzigen Baugesellschaft zu diskutieren.

Und so stand ein anderer Redner auf und sagte: „Wir müssen heute erleben, daß man die Unternehmer milliardweise mit Steuergutscheinen füttert, daß man den Landwirten alles gibt, was sie fordern, aber uns Erwerbslose, uns Kurzarbeiter, uns Abgebaute, uns läßt man vor die Hunde gehen!“

Die Interessengemeinschaft der Gagfah-Mieter schätzt die Höhe der Arbeitslosigkeit in einzelnen Siedlungen auf 35 bis 40 Proz. der Mieter, zusammen mit den Kurzarbeitern kommen bis zu 60 Proz. Notleidender vor.

Mietenkündigung war nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, die Einkommensstürzungen waren doppelt so hoch wie die Mietnachlässe.

Es wurde dann geschlichtet, wie die Mietervertretung von Pontius zu Pilatus lief. Man ging zu den Regierungen, zu den Parlamenten, zu den Gewerkschaften, zur Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und abgesehen von einem Antrag, den das Preußenparlament einmal zugunsten der Neubaugmieter annahm, hatte nur die Aktion bei der Reichsversicherung einigen Erfolg.

Kun fordern sie: 15prozentige Mietenkündigung, Schuldenniederschlagung für Mieter, die mehr als ein Jahr erwerbslos sind, Rücknahme aller Ermittlungen, Zulassung der ratenweisen Mietzahlung, Uebernahme der Reparaturen durch die Gagfah und Mitbestimmungsrecht der Mieter.

Abendstunden hinein beherrschten Radfahrer, Privatautos und Taxis das Straßenbild.

Die Verkehrsbehörden hatten durchaus keinen leichteren Dienst als sonst. Im Gegenteil: die Verkehrsregelung gestaltete sich bei dem regnerischen Tag und der seltenen Autofülle in den Hauptverkehrs punkten, wo sich der Massenbetrieb in einem Zeitraum von wenigen Stunden zusammenballte, sehr schwierig.

Im Laufe des gestrigen Tages sind von der Polizei insgesamt 105 Personen festgenommen worden. Die Mehrzahl wurde bis 22 Uhr von der Politischen Polizei wieder entlassen.

Verstärkter Stadtbahnverkehr

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, ist auf der Ringbahn und auf den Strecken nach Tegel, Kremmen, Oranienburg und Bernau ein verstärkter Verkehr eingerichtet worden.

vermiehen werden. Wenn auch der Ansturm besonders auf die Ringbahnzüge zeitweise außerordentlich stark war, ist im großen und ganzen alles ziemlich reibungslos abgelaufen.

Die verhaßte Freiheitsfahne

Im Hause Lindenstraße 100, gegenüber dem Razijurmlokal, hatte ein Parteigenosse an dem Fenster seiner Wohnung eine Freiheitsfahne gehißt. Als er gestern abend um 24 Uhr nach Hause kam, mußte er feststellen, daß Banditen die Fahne durch Besprühen mit Salzsäure zerstört hatten.

Die Berliner Elektrizitäts-Union

Die Berliner Elektrizitäts-Union G. m. b. H. ist nunmehr gegründet worden. In die neue Gesellschaft werden bekanntlich von der Stadt Berlin 38 Millionen Mark B-Aktien der Berliner Kraft- und Licht-A.G. (BKL) von der Elektrowerte A.G. 21 Millionen Mark und von der Preußi-

chen Elektrizitäts-A.G. ebenfalls 21 Millionen Mark B-Aktien der BKL, und zwar zu einem Kurse von 105 Proz. eingebracht.

An den Verlag „Vorwärts“ BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Ich abonniere den „Vorwärts“ zweimal täglich frei ins Haus mit der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck

„Volk und Zeit“

zum Preise von 75 Pf. pro Woche.

Name: Wohnung:

BEITRITTSERKLÄRUNG

An den Bezirksverband Berlin der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) SEKRETARIAT: BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands \* Bezirk Berlin

An Beiträgen entrichte ich: Eintrittsgeld. . . . . 50 Pf.

Wochenbeiträge m/Enkl. & 20 Pf. weibl. & 10 Pf. Summa . . . . . Pf.

den . . . . . 1932

Vor- und Zuname:

geboren am . . . . . zu . . . . .

Staatsangehörigkeit:

Beruf:

Bei welcher Gewerkschaft?

Wohnung:

Bei der Aufnahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden. Postcheckkonto: Berlin Nr. 14.157. Adolf Holz, Kassierer, Berlin SW 68.

Wieder billige KARSTADT-Lebensmittel

Table listing various food items and their prices under categories: BUTTER UND KÄSE, WURSTWAREN, WEINE, SPIRITUOS., FRISCHFLEISCH, KOLONIALWAREN, SCHLAGER DER WOCHE, OBST UND GEMUSE, GEFLÜGEL UND WILD, FISCHE, RAUCHERW., KONSERV. MARMEL., DELIKATESSEN.

Im ganzen Raum der große Rekord-Verkauf



# Werkstätige! Hört den Ruf der freien Gewerkschaften!



Wer heute noch in Arbeit steht, übe SOLIDARITÄT, reiche helfend seine Hand — werde Mitglied im

## **GESAMTVERBAND**

der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe  
und des Personen- und Warenverkehrs

Wir gewähren Streik-, Gemaßregelten-, Erwerbslosen-, Reise-, Umzugs-, Notfall-, Invaliden- und Todesfall-Unterstützung, Rechtsschutz, Haftpflicht, Fach- und Berufsausbildungskurse.

**Wir zahlten 1931 über 12 Millionen  
Mark an Gesamtunterstützungen**

Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin  
N 24, Johannisstraße 14-15 · Sammelruf: D1 Norden 6361

## **TECHNISCHE ANGESTELLTE UND BEAMTE!**

Architekten, Bauführer, Chemiker, Ingenieure,  
Techniker, Kunstgewerber

finden ihre Interessenvertretung, Rat und Hilfe durch Rechtsschutz und Unterstützungen, Berufskrankenkasse usw. in der **freien Gewerkschaft aller Techniker**, dem

**Bund der technischen Angestellten und Beamten**  
Haupt- und Ortsverwaltung Berlin NW 40, Werftstraße 7

## **BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER**



IST DIE

**BANK  
DER ARBEITER,  
ANGESTELLTEN  
UND BEAMTEN,  
BERLIN**

Zentrale: S 14,  
Märkisches Ufer 32  
Wallstraße 62, 65  
Depositenkasse:  
SW 68, Lindenstraße 3



## **Im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands**

sind 200 000 Eisenbahner, Arbeiter und Beamte, zusammengeschlossen, weil sie wissen, daß nur diese Organisation ihre Interessen wirksam vertreten kann.

Der *Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands* führt zur Zeit einen erbitterten

## **Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes**

eines jeden Eisenbahners und um die **sozialen Einrichtungen**. Darum, Eisenbahnarbeiter u. -beamte, hinein in die

# **Einheitsorganisation der Eisenbahner**



SCHICKSAL MASCHINE

ROMAN VON STEFAN POLLATSCHKE

Copyright Saturn-Verlag

Der Lärm der Maschinen tat ihm wohl, er sprach mit den Arbeitern...

„Ich erkläre nicht Krieg, meine Herren, ich ziehe nur die Schlussfolgerungen...“

eine Industrie vernichtet wird. Diefelben Produkte werden doch nach wie vor erzeugt...

gezwungen, unsere Fabriken an einem Tage zu schließen. „Ja?“ fragte Weltin und er konnte es nicht verhindern...

Zweimal arbeitslos

Kleine Skizze aus dem Leben / Von Margarethe Klapproth

„Wir können das doppelte Quantum leisten. Keiner kann uns nahe kommen!“

I. Vor einem Krankenhaus warten Arbeitslose. Es ist gegen Mittag. Sie stehen geduldig in einer langen Reihe...

Wie er zurückkommt, hat er eine Dose Reis. Der heiße Dampf steigt Vieschen in die Nase. Sie lächelt. Frig strahlt. „Du man los!“

Ach ja, aber ein bißchen langweilig ist es doch. Man liegt zu Hause auf der Couch, liest Romane, knabbert Konfekt, raucht, erwartet Besuch.

„Es stärkt meine Position, wenn man weiß, daß du hinter mir stehst...“

Er ist verbittert. Sieht gar nicht, wie nett Vieschen ihre Veden gedreht hat und wie sie ihn anlächelt.

Vieschen möchte auch mal in einem hellen, freundlichen Haus wohnen und von dort auf die Straße sehen können.

„Eine kleine Gabe, Herrschaften!“ Sie schickt aus ihren Gedanken auf. Neben dem Tisch steht ein Mann...

„Ich wüßte nicht, was ich dagegen tun könnte“, meinte Weltin und er entsann sich...

Man könnte gut das vermietete Zimmer brauchen, besonders das Bett. Früher schlief Karl darin...

Die Cafés am Kurfürstendamm sind vollbesetzt. Man trinkt und nascht, liest Zeitung, raucht, flirrt, langweilt sich...

„Bin arbeitslos, bekomme keine Unterstützung.“ Gnädige Frau sieht hilflos ihren Freund an...

Also sprach...

Katharina von Medici (1519-1589), Königin von Frankreich und von der Bartholomäusnacht her als Festarrangeurin weltberühmt...

Fein - jetzt werd' ich sie immer kaufen. Sunlicht Seife Doppelstück jetzt 27 Pfg. Blockstück jetzt 23 Pfg. NEU! 10-Pfg.-Packung

001 58 20 79

# Noch ist es nicht zu spät!

**Seid einig! Arbeiter und Arbeiterinnen! In euren Händen liegt die Macht!**

Am 6. November siegte die deutsche Arbeiterschaft über alle ihre Gegner — wäre sie nur einig!

Fünf Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte sind einig, sie stehen geschlossen mitten im harten

## Kampf um den neuen Reichstag,

weil sie damit zugleich um die

Erhaltung der demokratischen Republik um Freiheit, Frieden, Arbeit und Brot für alle ringen. Diesen Kampf führen die Gewerkschaften in der Ueberzeugung, daß sie damit

## die Lebensgrundlagen der gesamten deutschen Arbeiterklasse

verteidigen. Der Sieg in diesem heroischen Kampfe wäre einer geeinten Arbeiterschaft sicher. Er wird von den Gewerkschaften gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geführt

für eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit,  
für eine wirkliche Arbeitsbeschaffung,  
für die bessere Versorgung der Arbeitslosen,  
für die Beseitigung der egoistischen Profitwirtschaft,  
für die Verwirklichung des Sozialismus.

Der Kampf, den die Gewerkschaften jetzt zu führen haben um Lohn und Brot, um den Wiederaufbau einer zusammengebrochenen Wirtschaft,

## dieser Kampf ist euer Kampf!

Die Gewerkschaften haben die Arbeiterschaft Jahrzehnte hindurch aus schwerster Unterdrückung und Abhängigkeit herausgeführt und sie zu einer Macht zusammengeschlossen, die heute nicht mehr mit den Mitteln politischer Zwangsmaßnahmen zu überwinden ist.

## Seid euch mit uns dieser Macht bewußt!

Im Kampf um eine bessere Gegenwart und Zukunft ist die unverbrüchliche Solidarität der Arbeiterklasse, der Geist der Kameradschaft erste Voraussetzung für den endgültigen Sieg. Diesen Geist der Solidarität pflegen die Gewerkschaften, er allein hat der Arbeiterschaft reiche Früchte getragen.

## Nichts ist den Arbeitern umsonst in den Schoß gefallen.

Alles haben die organisierten Arbeiter unter schwersten Opfern böswilligen Gegnern abtrotzen müssen.

Den staatlichen Schutz für Kranke, Invaliden und für Arbeitslose haben sie in harten Kämpfen durchgesetzt. Galt nicht jede Unterstützung der Arbeitslosen als „Prämie auf die Faulheit“? Wer ist es, der jetzt wieder die Arbeitslosen zur Verzweiflung treibt? Wer kürzt alle Renten und Löhne zugleich, wer beseitigt den „Wohlfahrtsstaat“? Es sind dieselben Reaktionäre wie früher, vielfach nur in neuem Gewande! Kommen sie endgültig an die Macht, dann steigt das Elend der Arbeiter weiter an, die Willkürherrschaft in den Betrieben und Verwaltungen feiert neue Triumphe. Deshalb laßt euch nicht durch verlogene Angriffe gegen die Gewerkschaften irre machen.

Noch in den Jahren 1930-1931 standen 22,2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in 15 298 gewerkschaftlichen Kämpfen und in 16 091 Betrieben mit 430 077 Beteiligten kam es zum Streik.

Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten 28 Gewerkschaften hatten Ende 1931 für 8,4 Millionen Arbeitskräfte 11 713 Tarifverträge abgeschlossen.

Vor vier Jahrzehnten haben sich die Gewerkschaften zusammengeschlossen und in diesen 40 Jahren haben sie (ohne Inflationsjahre)

vereinnahmt . . . . .	4 575 378 437	Mark
verausgabte . . . . .	3 705 321 447	Mark
davon allein . . . . .	864 650 450	Mark für Streiks,
	251 482 297	Mark für Bildungszwecke

Unzähligen Arbeitern ist in Zeiten der Not, der Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität auf diese Weise geholfen worden.

## Der Widerstand der Gewerkschaften

gegen politische Bevormundung und gegen wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeiter soll gebrochen werden. Vereinzelt stehend bleibt dem Arbeiter nur die Wahl, sich dem wirtschaftlich Stärkeren hilflos anzuliefern und zu unterwerfen.

Denkt daran, daß bis zum November 1918 Millionen es den Arbeitern, Angestellten und Beamten, insbesondere in den öffentlichen Betrieben

und Verwaltungen, im Verkehrsgewerbe, in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft bei Strafe sofortiger Entlassung unterjagt war, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen.

## Die deutschen Gewerkschaften haben das freie Vereinigungsrecht unter schweren Opfern für alle ertritten.

Gestützt auf dieses Recht haben die Gewerkschaften die Wirtschaftslage der Arbeiter in Lohnkämpfen fortgesetzt verbessert. Prüft selbst die Zahlen aus der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Jahr	Lohnerhöhung		Arbeitszeitverlängerung	
	für Personen	Reichsmark pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche
1905	412 331	2,08	183 658	3 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
1910	827 627	2,20	344 570	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
1913	915 972	2,21	324 794	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
1918	2 064 924	8,82	524 485	4 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
1924	3 351 040	3,02	178 634	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
1928	2 073 164	2,82	856 363	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
1930	1 475 021	1,72	103 049	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>

Wieviel Arbeiter hatten bis 1918 Anspruch auf Ferien? Bis Ende 1930 war es den Gewerkschaften gelungen, für 9,5 Millionen Arbeiter und Angestellte den Ferienanspruch tariflich zu sichern.

Die Arbeiterschaft begann durch den Zusammenschluß ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Der Erfolg spricht aus den

## Leistungen der Sozialversicherung (in Millionen Mark):

	1931	1930	1913
Krankenkassen . . . . .	1618	2010	569
Unfallversicherung . . . . .	415	429	227
Invalidenversicherung . . . . .	1522	1475	243
Angestelltenversicherung . . . . .	263	225	15
Knappschaftsversicherung . . . . .	222	240	47
Alu und Kru . . . . .	2318	2144	Nichts
	6358	6492	1101

Die Zuschüsse des Reichs, der Länder und Gemeinden befrugten 1930 etwa 3302 Millionen Mark, 1913 nur 58,5 Millionen Mark. Dazu kommen für 1931 an Wohlfahrtszwecken 2000 Millionen, für Kriegsversorgung 1300 Millionen Mark.

Nicht Abbau, sondern Ausbau des Arbeiterschutzes fordern die Gewerkschaften. Allein 1,5 Millionen Unfälle verzeichnet das Jahr 1929, wobei 168 000 Unfälle schwer und 9500 tödlich verlaufen. Hier greifen die Gewerkschaften seit Jahrzehnten ein, sie vertreten durch mehr als 600 Arbeiterssekretariate und Rechtsauskunftsstellen kostenlos die Ansprüche aller Mitglieder bis zum Reichsversicherungsamt. Jährlich rollen mehr als 400 000 Prozesse allein vor den Arbeitsgerichten ab, wobei 10 000 ehrenamtliche, von den Gewerkschaften geschulte Arbeitsrichter und Prozeßbevollmächtigte bis zum Reichsarbeitsgericht in Leipzig mitwirken.

## Das alles und noch vielmehr steht für die gesamte Arbeiterklasse auf dem Spiele.

wenn eine autoritäre Regierung weiter in der Macht bleibt und diese Autoritäten, d. h. der Machtwille von den Unternehmern im Betriebe ausgeübt wird. Hunderttausende Betriebsräte hätten ihre Rolle als gesetzliche Anwälte der Belegschaften ausgespielt.

## Nicht RGO. oder Nazibetriebszellen

können helfen, sondern einzig und allein starke Gewerkschaften, die im Reichstag ihre Vertreter finden durch die Sozialdemokratische Partei!

## Diese Hilfe haben die Arbeiter sich selbst geleistet.

Millionen Unorganisierte wissen nichts von dieser gewaltigen Selbsthilfeorganisation der deutschen Arbeiterklasse.

Diese Millionen werden in der gegenwärtig schweren Notzeit zu Totengräbern an ihrer Klasse.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werdet Mitkämpfer!

Reißt euch ein in die Front der Mitstreiter gegen die Reaktion, gegen den Kapitalismus.

## Starke Gewerkschaften brauchen wir zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung.

Nur über Einigkeit und Solidarität führt der Weg zur Freiheit, zu Arbeit und Brot.

**Es gibt nur eine Liste, für die ein politisch unterrichteter Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellter oder Beamter — kämpfen und stimmen kann:**

# Liste 2 Sozialdemokraten!